

LEITARTIKEL: THOMAS MÖCKLI ÜBER NICHT MEHR ERLAUBTE VERDECKTE ERMITTLUNGSMETHODEN DER POLIZEI

# Bei Pädophilen im Internet muss diese Ausnahme sein

Wie soll der Rechtsstaat mit einem potenziellen Missbrauchstäter verfahren, der zu einem Treffen mit einem Kind erschienen ist, dessen Identität die Polizei zuvor erfunden hat? Der 26-jährige «Jerôme», der in diese Falle tappte, nachdem er über einen Kinderchat im Internet mit einer angeblich 13-jährigen «Manuela» ein Treffen vereinbart hatte, wurde vor Bundesgericht freigesprochen, weil die Polizisten den Tatbeweis provoziert und damit ohne Rechtsgrundlage gehandelt hatten. Die Aufhebung der erstinstanzlichen Verurteilung mag richtig sein. Falsch ist, dass Fälle wie dieser nun dazu führen, dass der Bund neben dem Urteil auch die Methode der präventiven, verdeckten Ermittlung aufgehoben und deren Regelung an die Kantone delegiert hat. Die kantonalen Gesetzgeber wurden damit vor die falsche Frage gestellt, auf welche die

Antwort nicht einmal umstritten ist: Sollen die Kantone in ihren Polizeigesetzgebungen präventive, verdeckte Ermittlung gegen Pädophile im Internet erlauben? Diskutiert wird diese Frage jetzt in Parlamenten von Genf bis St. Gallen, und zwar nicht nur, was die präventive Intervention gegenüber Pädophilen im Internet betrifft. Rechtsstaatlich sauber abklären sollen die Kantone auch ihre verdeckten Methoden gegen Verdächtige im Drogenhandel, im Rotlichtmilieu oder bei politischem Extremismus. Kein Wunder, klappt zwischen Bund und Kantonen nun eine Gesetzeslücke. Eine, die von den politischen Parteien noch zusätzlich aufgerissen wird, weil diese an unzähligen statt an nur einer Ecke den Schnüffelstaat wuchern sehen. Ginge es «nur» um verdeckte Ermittlung gegen beabsichtigten Kindesmissbrauch, käme wohl kaum ein Parteipolitiker auf die Idee,

die Legitimität der Polizei als Agent Provocateur auszuhebeln. Genau das ist nun aber passiert und dürfte womöglich über Jahre Bestand haben.

Auch wenn die Lockvogelmethode sich gleichen, sie müssen in einem Rechtsstaat nicht unbedingt dieselbe Legitimität haben: Wenn ein als Drögeler verkleideter Polizist einen verdächtigten Afrikaner dazu ermuntert, ihm ein paar «weisse Chügeli» zu besorgen, könnte es passieren, dass der Angesprochene sozusagen aus Gelegenheit zum Ersttäter wird. Der verdeckte Fahnder hätte die Tat provoziert statt verhindert. Und dies liegt nicht unbedingt im Sinne eines Rechtsstaates, der für und nicht gegen die Bewohner dieses Landes intervenieren soll. Zudem bieten sich der Polizei hier valable Alternativen: Sie kann den Verdächtigten beobachten, bis sie ihn in

flagranti ertappt. Beim Pädophilen im Internet geht das zwar auch, doch damit hören die Gemeinsamkeiten auf: Nicht jeder fremdländisch aussehende Mitzwanziger, der sich über Stunden in einem Park aufhält, muss zwangsläufig ein Drogendealer sein. Fahnder können aber davon ausgehen, dass ein erwachsener Chatter, der ein Treffen mit einem fremden Kind vereinbaren will, Absichten hegt, die gegen Normen verstossen, welche in sämtlichen Gesellschaften dieser Welt als sakrosankt gelten: Sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit Kindern sind bei Strafe verboten. Das Internet ist der neue Tatort für Gewalt und sexuelle Belästigung an Minderjährigen. Es leuchtet nicht nur Vätern und Müttern ein, dass Kinder hier Anspruch auf einen besonderen Schutz haben. Deshalb dürfte es auch jeder Bürgerin, jedem Bürger in diesem Rechtsstaat einleuchten, wenn

die Frage der Legitimität verdeckter Ermittlung gegen potenziellen Kindesmissbrauch von den anderen Kriminalfeldern losgekoppelt und zwingend kantonsübergreifend geregelt wird.

Noch geklärt werden muss aber die Frage, wie die Polizei mit Pädophilen wie «Jerôme» zu verfahren hat. Im Gegensatz zum Zuhälter oder Chügelidealer hat er die womöglich beabsichtigte Tat ja nicht begangen, sondern ist, was ja genau das Ziel der verdeckten Ermittlung war, daran gehindert worden. Man soll einen potenziellen Täter, der (noch) keine Tat begangen hat, nicht ins Gefängnis stecken, auch einen Pädophilen nicht. Vielmehr könnten er selbst und Therapeuten daran arbeiten, dass er seine Neigung in den Griff kriegt, bevor ein Kind zum Opfer wird.

tmoeckli@dienordostschweiz.ch

## BILD DER WOCHE

Der deutsche Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina nahmen am Donnerstag im Rahmen eines Staatsbesuches in der Türkei an einem ökumenischen Gottesdienst in der Paulus-Kirche in Tarsus teil. In der Geburtsstadt des Apostels Paulus bezeichnete Wulff die Freiheit der Religionsausübung als Menschenrecht. Bereits am Dienstag hatte er sich in seiner Rede vor dem türkischen Parlament für den Schutz der christlichen Minderheit in der Türkei eingesetzt. «So wie der Islam zu Deutschland gehört, so gehört auch das Christentum zweifelsfrei zur Türkei», sagte Wulff. In den letzten Jahren wurden Christen in der Türkei immer wieder Opfer von Mordanschlägen. Die Angriffe kommen vor allem aus nationalistischen Kreisen. (tm)



Bild: key

## Vom Leben hinter Stacheldraht und Mauern

Gestern bin ich von Palästina zurückgekehrt. Immer wieder zieht es mich in dieses kraftvolle Land. Früher habe ich vor allem die Steine wahrgenommen, die Ausgrabungen, welche die Beweise liefern sollen für die Wahrheit der Bibel – für die Historizität von Jesus. Heute sind es die Menschen dort, die mich anziehen und denen ich begegnen möchte. Palästina gibt es nicht, wurde ich im Vorfeld der Reise von einer Christin belehrt, es gibt nur Israel. Noch immer ist mir schleierhaft, warum gerade sehr bibeltreue Christen und Christinnen die Menschen in Palästina ignorieren. War Jesus nicht auch Palästinenser? Tamar, eine Jüdin, die in Jerusalem

wohnt und arbeitet, hat mich aufgeklärt: «Weisst du», sagte sie, «diese Christen sind israelfreundlich, weil es ihnen letztlich nur darum geht, dass das jüdische Volk irgendwann mal erkennt, dass Jesus Christus der Messias ist und sich die Juden dem Christentum zuwenden.» – «Dann nehmen sie die jüdische Religion im Grunde gar nicht ernst», antwortete ich. Tamar schaut und lacht mich an – es braucht keine Worte mehr.

Palästina als Staat gibt es in der Tat nicht und ob es ihn einmal geben wird, das wird immer fragwürdiger. Wenn es den Staat Palästina nicht gibt, heisst das aber noch lange nicht, dass es Palästina nicht gibt. Es sind Menschen dort in Bethlehem und Jericho, in Ramallah und Birzeit, in Nablus und Hebron, in Beit Schur, Gaza und Jerusalem. Menschen, die seit Generationen dort zu Hause sind auf ihrem Grund und Boden, diesen ihren Boden bebauen, ihre Olivenhaine pflegen und oft unter schwierigsten Umständen ihren Alltag

gestalten. Wer Jerusalem Richtung Bethlehem verlässt, bekommt einen Augenschein davon. Zwischen Jerusalem und Bethlehem (die beiden Orte liegen näher als Effretikon und Winterthur) schiebt sich eine Mauer, acht Meter hoch, mit Wachttürmen und Stacheldraht. Erinnerungen an die DDR werden wach, Erinnerungen an den Todesstreifen und an die Menschen hinter der Mauer. Wir als «Touristen» können den Checkpoint problemlos passieren. Die Menschen hinter der Mauer aber, die in Bethlehem wohnen und im weiteren Gebiet von Palästina, sie leben wie in einem grossen Gefängnis. Es ist ihnen nicht erlaubt, nach Jerusalem und in die Gebiete Israels zu gehen.

Die Stimmung ist entsprechend gedrückt. Die Menschen haben keine Zukunft, keine Perspektive. Junge Leute wandern aus. Was sollen sie hier noch? Sie bekommen keine Arbeitsbewilligung für Israel. Die «Zonen», wo sie sich aufhalten dürfen, sind zu klein, bieten kaum Arbeitsplätze, kein Auskommen. Zudem wird das Gebiet

immer enger durch den israelischen Siedlungsbau. Jedesmal wenn ich nach Bethlehem komme, ist mehr Land «verschwunden», das heisst überbaut durch Siedlungen. Für die Siedler werden neue Strassen gebaut, welche die Palästinenser nicht benutzen dürfen. Diese müssen Umwege fahren, so dass eine Strecke von einer halben Stunde Fahrzeit drei Stunden benötigt, immer wieder unterbrochen von fliegenden Checkpoints, wo sie angehalten und oft stundenlang hingehalten werden – reine Schikanen. Wie sollen Menschen in solch einer Situation leben? Und doch – in allen Begegnungen mit Menschen in Palästina (wir hatten einige) ist keine Verbitterung zu spüren, sondern Herzlichkeit, nicht Hass, sondern Friede, und manchmal, da spürt man ihre Traurigkeit...

Zur gleichen Zeit wie wir war auch unser Schweizer Bundesrat und Verteidigungsminister Ueli Maurer in Jerusalem. Ob er die Mauer auch gesehen und dahinterguck hat?



### TRIBÜNE

MONIKA SCHMID  
ÜBER IHRE PALÄSTINA-REISE

Theologin/Gemeindeleiterin, katholische Pfarrei St. Martin, Illnau-Effretikon